

Sprecherrat BAG Umwelt/Energie/Verkehr
Sprecherrat Ökologische Plattform
Sprecherrat AG Agrarpolitik und ländlicher Raum
Sprecherrat AG Linksverkehr
Wolfgang Methling
Sabine Wils, MdEP
Caren Lay, MdB
Eva Bulling-Schröter, MdB
Ralph Lenkert, MdB
Herbert Behrens, MdB
Sabine Leidig, MdB
Dagmar Enschede, MdL
Frank Hoffmann, MdL
Gudrun Lukin, MdL
Klaus-Rainer Rupp, MdBB
Mignon Schwenke, MdL
Enrico Stange, MdL
Heike Sudmann, MdHB
Janine Wissler, MdL
Harald Wolf, MdA
Thilo Kummer, MdL
Johanna Scheringer-Wright, MdL
Gerrit Schrammen
Dominik Fette
Bernd Brouns
Uwe Witt
Detlef Bimboes
Frank Roßner

28.1.2014

Änderungsanträge zum Leitantrag L.1. Europawahlprogramm

(Zeilenangaben beziehen sich auf die im Internet veröffentlichte Fassung)

Zeile 20: nach „dass“ einfügen: *nicht nur* in ganz Europa, *sondern weltweit* die Interessen...

Zeile 45: nach „Nachbarländer“ einfügen: *und die Ärmsten außerhalb der EU* und machen...

Zeile 158: nach „alle“ einfügen: *, auch im Globalen Süden*, fördert.

Zeile 163: nach „Europa“ einfügen: *und weltweit* eine Zukunft haben.

Begründung:

Mit den Einfügungen wird die globale Verantwortung der EU berücksichtigt.

Zeile 723: „und den Verbrauch fossiler Brennstoffe.“ ersetzen durch: *. Eine Anpassung an begrenzte Ressourcen bei Rohstoffen und fossilen Energieträgern ist nicht vorgesehen.*

Zeilen 752 bis 775: vorhandenen Text ohne inhaltliche Änderungen in logische Abfolge bringen:
Um dies einzuschränken und schließlich zu unterbinden, wollen wir die Privatisierung der Energieversorgung als Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge stoppen und rückgängig machen. Wir wollen eine verbrauchernahe, dezentrale Energieversorgung fördern und die Macht der großen Stromversorger beschneiden. Dazu müssen europäische, Bundes- und Landesebene zusammenwirken.

Erst regionale Energiepolitik, wie sie DIE LINKE in Thüringen mit der „Energiewende“ entwickelt hat, kann die Einheit von Sozialem und Ökologischem, von Effizienz und Demokratie, von modernster Technik und Bürgerbeteiligung schaffen, die es bei Versorgung durch Konzerne nicht geben kann.

Vorübergehende Mehrkosten der Energiewende dürfen nicht einseitig auf den Schultern von privaten Verbraucherinnen und Verbrauchern abgeladen werden. Energie darf für einkommensschwache Haushalte nicht zum Luxusgut werden. Die Versorgung mit Energie muss für jede und jeden gesichert sein. Privilegien für Industriebetriebe bei der Übernahme der Energiewendekosten müssen deutlich reduziert werden.

Erneuerbare Energien sollen im Rahmen europäischer Zielsetzungen weiterhin nach nationalen Vorgaben, wie etwa dem Erneuerbare-Energien-Gesetz, gefördert, die Nutzung fossiler Energiequellen entsprechend zurückgefahren werden. Der Anteil erneuerbarer Energien am EU-Energieverbrauch soll im Jahr 2020 mindestens 25 Prozent betragen. Die Produktion von erneuerbaren Energien, insbesondere Agroenergien, muss Nachhaltigkeitskriterien genügen. Für Agroenergien dürfen die Zielsetzungen nur so hoch sein, wie innereuropäische Flächen dafür zur Verfügung stehen, ohne Nahrungsmittelversorgung und Biodiversität zu gefährden. Importe von Agrokraft- und -treibstoffen aus dem globalen Süden lehnen wir ab.

DIE LINKE kämpft für den sofortigen Ausstieg aus der Atomenergie. Die europäische Vertragsgemeinschaft EURATOM muss gekündigt und aufgelöst werden.

Wir sind gegen die unterirdische und unterseeische Speicherung von als Abgas anfallendem Kohlendioxid (CCS). Ebenso lehnen wir die durch Verpressung von Flüssigkeiten unterstützte Förderung von Erdöl und Erdgas (Fracking) ab.

Begründung:

Der Textaufbau der von uns vorgeschlagenen Version ist inhaltlich logischer. Die Hervorhebungen durch drei Punkte waren nicht gerechtfertigt, da auch die anderen Textteile Forderungen der LINKEN enthalten. Die Veränderung der Aussage zur Energiepolitik der LINKEN in Thüringen stellt die Formulierung im Antrag des PV, dass es sich um *angebliche* Gegensätze handelt, richtig. Denn *vorübergehend* gibt es Mehrkosten.

Zeile 794 ff: ersetzen durch:

3. Eine Verkehrspolitik, die Mobilität für alle fördert und Verkehr vermeidet

Die Lissabon-Strategie setzt einseitig auf den Ausbau von Straßeninfrastruktur, Hochgeschwindigkeitsschienenstrecken und billige Flugverbindungen. Die EU fördert und forciert zerstörerische Großprojekte, die auf Kosten der öffentlichen Hand Konzernen und Banken Profit garantieren und gegen den Willen der Bevölkerung durchgesetzt werden. Wir unterstützen die Proteste dagegen und setzen uns für wirksame Einflussmöglichkeiten der Bürgerinnen und Bürger ein.

Wir brauchen dringend andere verkehrspolitische Ziele: Nachhaltigkeit, verbesserte soziale Standards, Barrierefreiheit, Gesundheitsschutz und kurze Wege. Die Vermeidung der negativen Folgen des Verkehrs durch Lärm, Schadstoffe und Unfälle schafft mehr Lebensqualität für alle. Verkehrsvermeidung kann vor allem durch dezentrale Produktion, die Reduktion der Transportintensität sowie durch entsprechende Siedlungsstrukturen erreicht werden. Lebenswerte Städte benötigen gute Rad- und Fußverkehrsverbindungen, einen attraktiven ÖPNV, eine inklusive Verkehrsplanung und eine Regelgeschwindigkeit von 30 km/h. Wir wollen, dass in europäischen Kommunen Modelle eines ÖPNV zum Nulltarif mit autofreien Zonen entwickelt und von der EU gefördert werden.

Die Eisenbahn muss zur Flächenbahn mit schnellen Verbindungen entwickelt werden; reine Highspeed-Bahnen nutzen den meisten Fahrgästen nichts. Die mit dem 4. Eisenbahn-Paket verfolgte Zielsetzung einer organisatorischen Trennung von Eisenbahninfrastruktur und -betrieb lehnen wir ab. Öffentliche Bahnen sowie der ÖPNV dürfen nicht desaströsem Wettbewerb und Kommerzialisierung geopfert werden. Wir wollen die Weiterentwicklung der Bahn und des ÖPNV, barrierefrei, mit Guter Arbeit, der Schaffung vieler Arbeitsplätze und dem Ziel der Verlagerung eines beträchtlichen Teils des innereuropäischen Flugverkehrs auf die Schiene. Das europäische Nachtzug-Netz muss dafür ausgebaut werden.

DIE LINKE fordert eine deutliche Verschärfung der CO2-Grenzwerte für Personen- und alle Nutzfahrzeuge, eine europaweite Abgabe auf fossile Kraftstoffe für den Flugzeug- und Schiffsverkehr sowie ein Importverbot für Agrosprit und die Abschaffung der Beimischungspflicht. Für den Schiffsverkehr sollen die Schutzzonen auf alle europäischen Gewässer ausgedehnt werden und alle Häfen mit den verpflichtenden Landstromanschlüssen ausgerüstet werden.

Begründung:

Der bisherige Text greift nur sehr wenige Aspekte europäischer Verkehrspolitik auf. So steht nichts zum Eisenbahnpaket oder zum Rad- und Fußverkehr. Letzteres ist zwar vor allem ein kommunales Thema, aber auch für das Bundestagswahlprogramm wurden wir dafür kritisiert, dass wir dazu wohl keine Meinung hätten. Insofern zielt der Änderungsantrag vor allem darauf, ein umfangreicheres Bild unserer Vorstellung von Verkehrspolitik zu zeichnen. Der Umfang des Kapitels ist zwar verdoppelt, erscheint aber im Vergleich mit anderen Kapiteln durchaus angemessen.

Zeile 806: Einen neuen Abschnitt zum Ressourcenschutz einfügen. Die folgenden Unterkapitel erhalten demzufolge neue Nummern.

4. Ein effektiver Ressourcenschutz

Die europäische Politik setzt auf Sicherung der Rohstoffversorgung durch Import mittels Freihandelsabkommen, verbunden mit politischem Druck und Instrumentalisierung der Entwicklungspolitik. DIE LINKE ist gegen diese Freihandelsabkommen. Sie setzt sich ein für das Recht der Entwicklungsländer, ihre Exporte selbst zu regulieren und Gesetze für Investitionen zu erlassen. Wir wollen verbindliche ökologische und soziale Standards für den Abbau von Rohstoffen. Unternehmen müssen für die Folgen ihrer Geschäftstätigkeit international zur Verantwortung gezogen werden können. Der Import von Konfliktressourcen muss unterbunden werden.

Nur eine perspektivisch vollständige Kreislaufwirtschaft der nicht nachwachsenden Rohstoffe sichert über alle Generationen hinweg die Versorgung mit technischen Gütern. Wir dürfen nicht länger defekte und ausgediente Gebrauchsgüter einfach wegwerfen und verbrennen. Unverzichtbar sind auf nationaler und europäischer Ebene Maßnahmen zur Sicherung der Rohstoffeffizienz durch Senkung des Ressourcenverbrauches, Erhöhung der Recyclingraten, Reduzierung des Aufkommens an Abfall, insbesondere Verpackungsmüll. Wir wollen Geräte, die von hoher Qualität sind, eine lange Lebensdauer besitzen und weitgehend wiederverwertet werden können.

Begründung:

Die Senkung des Ressourcenverbrauches ist neben dem Klimaschutz und der Bewahrung der biologischen Vielfalt eine zentrale Herausforderung für ökologisch, sozial und wirtschaftlich nachhaltige Entwicklung. Dafür und für eine gerechte Organisation der Weltwirtschaft trägt auch die EU eine besondere Verantwortung.

Zeile 815: statt „... Ernährungsbedingungen ...“ muss es heißen „**Ernährungsgrundlagen**“

Begründung:

Die Agrarwirtschaft liefert die Rohstoffgrundlagen für die Ernährung. Die Bedingungen für die Ernährung werden von vielen Faktoren bestimmt.

Zeile 836: „europäische Waldkonvention“ ersetzen durch *„Gemeinsame Waldpolitik zum Schutz und zur nachhaltigen Bewirtschaftung der Waldressourcen als Teil der GAP“*

Begründung:

Zur Durchsetzung sozialer und ökologischer Standards bedarf es der Integration der Waldpolitik in die Gemeinsame Agrarpolitik. Der bisherige Forstaktionsplan und die geplante Waldkonvention sind nicht geeignet, den Schutz der Wälder und deren nachhaltige Bewirtschaftung zu gewährleisten.

Zeile 828: nach „gebrochen werden.“ wird folgender Satz eingefügt: *„Wir setzen uns für eine tier-, standort- und umweltgerechte bodengebundene Nutztierhaltung in allen Landbewirtschaftungssystemen ein.“*

Begründung:

Diese Anforderung muss für alle Landbewirtschaftungssysteme (ökologisch, biologisch, konventionell, industriell, integriert) und Anlagengrößen gelten.

Zeile 845: „... Müllentsorgung oder ...“ streichen

Zeile 847: nach „Meere durch ...“ einfügen: *„Müllentsorgung,“*

Begründung:

Die Entsorgung von Müll darf nicht nur in Meeresschutzgebieten, sondern muss grundsätzlich in Meeren ausgeschlossen werden.

Zeile 854: nach „... verschärft werden.“ einfügen: *„Bei der technischen Umstellung ist eine Unterstützung der traditionellen Familienbetriebe der Fischerei erforderlich.“*

Zeile 856: „natürliche Vielfalt der Tierarten“ ersetzen durch *„biologische Vielfalt“*

Begründung:

Die Ersetzung der „natürlichen Vielfalt der Tierarten“ durch „biologische Vielfalt“ ist sachlich richtig, weil es sowohl um Tiere als auch um Pflanzen geht.

Zeile 863: nach „... Flüsse ...“ einfügen: *„, einen umfassenden Hochwasserschutz ...“* und nach „... minimiert werden.“ einfügen: *„Salzeinleitungen aus Industrieunternehmen und Abraumhalden sind zu untersagen.“*

Zeile 866: „artgerechte Tierhaltung“ ersetzen durch *„tiergerechte Haltung von Nutz-, Heim- und Begleittieren“*

Begründung:

Die Ersetzung von „artgerecht“ durch „tiergerecht“ ist fachlich richtig. Die Aufzählung von Nutz-, Heim- und Begleittieren stellt klar, dass es uns nicht nur um den Schutz von Nutztieren geht.

Zeile 867: „von Produkten aus tierquälerischer Haltung oder“ streichen

Zeile 868/869: „Hühner in Käfigbatterien sind billiger als Hühner in Freilandhaltung, wilde Graupapageien sind billiger als gezüchtete Tiere und“ streichen

Begründung:

In Deutschland werden Schaleneier aus der Käfighaltung von Legehennen nicht mehr gelistet und gehandelt. Nur Griechenland und Italien haben das Käfighaltungsverbot noch nicht umgesetzt, sind deshalb von der EU-Kommission verklagt worden. Deutschland importiert keine Eier aus Griechenland. Der Import aus Italien macht 0,44 % der Einfuhr aus EU-Ländern aus. Aus Drittstaaten werden lediglich 0,08 % der Eier nach Deutschland importiert. Diese Fakten nehmen der bisherigen Formulierung ihren Sinn. Das noch 2012 vorhandene Problem hat sich 2013 fast vollständig erledigt.

Die Streichung der Passage zu den Graupapageien ist erforderlich, weil seit dem 1.7.2007 der Import von Wildvögeln in die EU verboten ist. Der Import von gefangenen Graupapageien mit gefälschten Papieren als „gezüchtete“ Tiere ist illegal. Das Problem ist also nicht durch Gesetzgebung, sondern mit Kriminalitätsbekämpfung durch verstärkte Importkontrolle zu lösen.

Zeile 870: Die anschließende Formulierung müsste nach Satzumstellung dann lauten: „z. B. *versprechen Meeressäuger in Delfinarien kräftige Gewinne ...*“

Zeilen 875 bis 877: „ Die industrielle Tierhaltung ... ersetzt werden.“ streichen

Begründung:

Die Tierhaltung muss in allen Landbewirtschaftungssystemen (ökologisch, biologisch, industriell, konventionell, integriert) umwelt- und ressourcenschonend sein. Diese Forderung wurde bereits mit dem Änderungsantrag zu Zeile 828 erhoben (und hoffentlich übernommen). Die zur Streichung beantragte Formulierung hat keinen Tierschutzbezug.